



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1908**

276 (16.6.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-334292](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-334292)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse: „Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Annahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlagsbuchhandlung 918

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gesellschaft und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

30 Pfennig monatlich, Prämienlohn 25 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Postauschlag M. 2.42 pro Quartal, Einzel-Nummer 5 Pfg.

Inserate:
Die Colonnen-Zeile . . . 25 Pfg.
Kurzweilige Inserate . . . 30
Die Reklam-Zeile . . . 1 Mark

Nr. 276.

Dienstag, 16. Juni 1908.

(Abendblatt.)

Justiz und Presse.

Im neuesten Heft der „Deutschen Juristenzeitung“ veröffentlicht der Dresdener Staatsanwalt Dr. Wulffen über das gerade in diesen Tagen überaus aktuelle Thema „Justiz und Presse“ einen Artikel, der uns nachdrücklicher Beachtung würdig erscheint. Nicht nur, weil er das nicht eben häufige Schauspiel zeigt, wie ein Jurist, und ein Staatsanwalt dazu, der Presse feinsinniges Verständnis entgegenbringt und seine Hochgenossen zum gleichen Verständnis auffordert. Auch um der sachlichen Vorschläge willen verdient dieser Aufsatz Kommentierung und Weitergegeben zu werden. Dr. Wulffen geht von der Auffassung aus: Justiz und Presse sind zwei Kulturaktoren, die gleiche Ziele haben, die aber nur leider einander zu wenig kennen. Die Juristen hätten keine Ahnung von dem Apparat der Tagespresse; sie beurteilen die ganze Presse zu sehr nach der Reporterart, die im Gerichtssaal ihren Weg kreuzen; sie wüßten nicht, daß die Stellung des politischen Redakteurs an einem großen Blatt, des Richters, des Staatsanwalts und Verwaltungsbeamten gleichwertig sei und eine nicht alltägliche Befähigung dazu gehöre, den neuesten politischen, literarischen, künstlerischen Begebenheiten auf der Stelle mit einiger Gründlichkeit gerecht zu werden. Und die Widersprüche in den Urteilen der verschiedenen Gerichte sind widerspruchsvoll. Auch sonst hätten Presse und Justiz allerlei Gemeinsamkeiten: selbst in Bezug auf Selbstbewußtsein und Verantwortung unterscheiden sie sich sehr wenig. Darum, meint der Staatsanwalt Dr. Wulffen, sollten zunächst die Juristen sich mehr um die Presse kümmern. Sie sollten, insofern sie über journalistische Begabung verfügen, nach bestandenen zweifachen Examen in der Presse Verwendung finden. Dann würden sie leicht eine Ausbildung erlangen, die sie zu leitenden Stellungen (in der Presse, aber auch anderswo) befähigten. Und schließlich:

„Es wäre sicher zum Vorteile des Staates, wenn, wie im Ausland vielfach geübt wird, in seinem Ministerium Juristen wären, welche ihre Kenntnisse durch die große Presse gewonnen haben. Damit wäre der Gegensatz zwischen Presse und Verwaltung im wesentlichen beseitigt und das Ansehen der Presse und ihrer Vertreter gehoben.“

Das wäre schon möglich; fernerläßt es in Deutschland noch immer so steht, daß ein Titel oder die Aussicht auf späteren höheren Aufstieg die Leute erst vertraulich machen. Dr. Wulffen regt dann noch an, daß die Presse ihre Reihen künftighin mehr als bisher durch ausgebildete Juristen ergänzen möge. Die Presse müsse eine eigene sachverständige juristische Meinung haben, wie sie eben nur in der Presse ausgebildet werden könnten. „Gerade auf dem heute so wichtigen juristischen Gebiet darf die Presse den Juristen nicht nur als Sachverständigen vorführen.“ Auch dieser Rat ist so überflüssig; nur werden sich, fürchten wir, hier hort im engen Raum die Sachen stoßen. Zum eigenen juristischen Refort wird's nur bei wenig Wärrern langen; in der Regel dürfte zudem der Jurist als Redakteur an Beschäftigungsmangel leiden. Früher ins volle Menschenleben und, wie uns scheinen will, mit stärkerer Aussicht auf Erfolg, greift Dr. Wulffen mit anderen Vorschlägen. Er rät, was von den Justizverwaltungen (ob nur aus menschenfreundlicher Rücksicht auf eine vielgeplagte Menschenschicht?) bisher verabsäumt worden ist, die Journalisten zum Laienrichteramt, vor allem beim Strafprozeß, einzuberufen. Die Intelligenz auf der Schworenenbank würde dadurch einen Zuwachs erhalten; die Schworenen würden dann vielleicht auch häufiger in die Beweisaufnahme eingreifen und so im Wettbewerb mühte sich zeigen, in welcher der beiden Mächte die wertvollsten Kräfte für Schöpfung eines vollständigen Strafrechts und Strafprozesses bereit lägen. Auch die Notwendigkeit einer verbesserten Gerichtsberichterstattung würde bald allen einleuchten. Wozu wir bemerken möchten, daß diese Notwendigkeit allen einsichtigen Zeitungsleuten längst einleuchtet; weshalb die gewissenhaften und lokalen unter ihnen auch vor endgültigen Urteilen nur auf Grund der durchschnittlichen Zeitungsreferate zurückgehen. Staatsanwalt Dr. Wulffen schlägt:

„Justiz und Presse sind, wie wir gesehen haben, in Gegenwart und Zukunft Interessesgenossen. Möchten ihre Vertreter dies recht bald verstehen, möchten sie freiwillig und beaufreudig zueinander kommen und sich, wie es christlichen Streitern für die Ziele derselben Kultur zukommt, in gegenseitiger Achtung und Verehrung die Hand zu gemeinschaftlicher Gottesarbeit reichen!“

Ja, „möchten sie!“ An der Bereitwilligkeit der Presse wird es, soweit wir die Dinge zu übersehen vermögen, nicht fehlen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 16. Juni 1908.

Zur Reichsfinanzreform

wird uns von geschätzter Seite geschrieben: Wir glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß die Legitur von der „Kölnischen Volkszeitung“ gebrachten Mitteilungen über die geplanten neuen Steuern fast durchweg unzutreffend sind. (Vgl. das Memorial der „Köln. Allg. Ztg.“ im heutigen Mittagsblatt.) Das Blatt hat befohlenlich von der Absicht einer Verleugung der Devisen, der Telefongespräche, der postamtlichen Zeitungsgebühren, der Leuchtungs- und Umsatzsteuern usw. gesprochen, kurz von solchen Steuern, die den Verkehr belasten würden.

Soviel wir wissen, geht die Regierung mit derartigen Steuerplänen nicht um. Und zwar aus zwei Gründen: einmal will sie nicht die Finanzreform zu einem Gemache machen, das aus hundert bunten Blüten besteht, wie das einstige heilige römische Reich. Sie will die große Aufgabe nicht mit kleinsten Mitteln lösen. Zum zweiten ist sie zu klug, um Steuern vorzuschlagen zu wollen, die wenig einbringen, aber desto mehr erkittern. Aus diesem Grunde wird sie sich auch hüten, Steuern vorzuschlagen, die das Zeitungswesen schwer belasten würden. Sie weiß, daß die Finanz-

reform ohnehin schwer durchzuführen ist, und daß sie dabei sehr auf das Wohlwollen der Presse angewiesen ist. Man könnte es aber der Presse nicht verübeln, wenn sie einer Steuerreform abgeneigt wäre, die alle Zeitungen belasten, diesen aber geradezu das Lebenslicht ausblauen würde.

Doch dies nur nebenbei, denn über die einzelnen Steuerfragen wird man sich ja noch genug unterhalten können, wenn die Grundzüge der geplanten Reform zur Veröffentlichung gelangen. Die Hauptsache ist, daß jeder nationalempfindende Deutsche sich über die notwendige schnelle Erledigung der Reform klar sein muß. Deshalb ist es eine gelinde gesagt, unkluge Taktik, das Schicksal der Finanzreform von dem der Wahlrechtfrage abhängig machen zu wollen, wie es unlängst im „Verl. Tagebl.“ geschah.

Als „Organ für Neukatholizismus“

das „Zwanzigste Jahrhundert“ zu bezeichnen, schlägt Helmuth Gahn, der Verfasser des „Graumulus“ vor:

Einerseits wäre dies ein Wort ehreter Prägung als der von den Gegnern und angehängte Name „Modernismus“, der weniger den Entwicklungsgehalt als ein laienliches Veränderungsgeheiß ausdrückt, andererseits wäre „Neukatholizismus“ eine mächtige Weiterentwicklung der Seite des „Altkatholizismus“ und der unklaren Schwärmerie des „Romantischen Katholizismus“, der Romantikern wie Schlegel, Brentano u. a. als Ideal vorkam, da sie von der Tragweite der späteren historischen Vebelkeit noch keine Ahnung hatten. Was wir Modernen brauchen, ist nicht raffischliche Schwärmerie, sondern Gewißheit. Wir wollen im Papsttum keinen „aufgeklärten Despotismus“ sehen, wie die Romantiker, sondern einen kirchlichen „Konstitutionalismus“, der unseren modernen staatlichen Verfassungen würdig an die Seite treten kann. Der oberste Aushenker sollte nur als „primus inter pares“ auftreten, als väterlicher Freund, als unumgänglicher Berater in inneren Angelegenheiten des religiösen Lebens, als heftigster Vertreter der Gesamtheit nach außen hin, analog den modernen Staatsoberhäuptern. Unsere soziale Zeit steht sich nach einem Vater, der alle seine bedrängten, entwurzelten Kinder zu einer einzigen, großen, durch seine beglückende Symbole verbundenen Familie sammelt. Darum lassen wir so ungern ab von jedem Romane im Silberhaar, der, selbst ein Sohn des Volkes, mit mildem Friedenston die Erde und zu segnen scheint, wenn auch seine Schwärmerie uns als „Halbfreie“ höhnen und uns Bannfluch auf Bannfluch nachschleudern.

Friede in Würzburg.

Wie die „Kugsburger Postzeitung“ mitteilt, soll es dem Universitätsreferenten im bayerischen Kultusministerium gelungen sein, weiteren öffentlichen Streitigkeiten zwischen den Würzburger Professoren ein Ende zu machen. Sämtliche Mitglieder der Fakultät sollen sich gegenseitig und dem Ministerium gegenüber verpflichtet haben, jede Verhöhnung direkter oder indirekter Art gegen Kollegen zu unterlassen.

Sollte eine Verhöhnung zur Vermutung ihrer Herkunft aus Fakultätskreisen Veranlassung bieten, haben sie sämtlich zum Voraus ihre Bereitwilligkeit erklärt, jederzeit auf Anrufung des Ministeriums durch einen etwa berührten Kollegen zur Abgabe einer ehrenwörtlichen Erklärung bereit zu sein, daß der Einzelne weder direkt an der betreffenden

Reisebriefe von Friedrich Zimmermann.

II. Der Genesersee.

In dem zünftigen Hause eines lieben Freundes wurden wir in Lausanne aufgenommen und ein wunderbar schöner Maiabend führte uns hinaus in das Landhaus mitten in einem blühenden Obstgarten. Nach dem merkwürdigen Sitten findet eine solche Reunion stets in dem Keller statt, wo ein ganz eigenartiger Gebrauch des großen weinbaureichenden Kantons Waadt ist. Jemandem in einer Ecke ist ein kleiner Teil des Kellers blendend weiß getüncht und ein eiserner Tisch, mit einigen Stühlen, wie wir sie in unseren Gärten aufstellen, dient dazu, um kleine Feste hier neben den wohlgefüllten Weinfässern und den meist großen Flaschenlagern der schweren Qualitätsweine abzuhalten. Brot, Käse, kalte Fleischspeisen sind reichlich aufgestellt und am Schluss kommt stets der selbst hergestellte Schaumwein, der aus dem feinsten Gewächs erzeugt wird. Selbst entwickelte sich ein munteres Treiben in dem Reiche des Sackens und wir konnten hier nicht anders, als unsere Abkürzung des Alkoholismus verweigern; die Gelegenheit war zu verführerisch. Der einen richtigen Begriff von der Mannigfaltigkeit und von der Güte des waadtländischen Weines haben wir, dem empfindlichen wir Neuland nachzulesen. In seiner „Nouvelle Océane“ gibt er eine prächtige Schilderung des Herbstes und der Verhältnisse der verschiedenen Weine und es gewährt, noch heute einen Hochgenuss, diese prächtigen Schilderungen in dem klassischen Französisch des großen Philosophen zu lesen. Das ist der reinste Naturalismus, wie ihn keiner unserer modernen Schriftsteller nur annähernd erreicht hat. Das Merkwürdige bei solchen Trinkgelagen ist stets, daß man sich am nächsten Tage vollständig wohl fühlt, auch wenn man etwas über das gewöhnliche Quantum hinaus gegangen ist. Es ist eben der richtige Naturwein, denn die großen Rebbezirke des Genesersees bringen eine solche Masse von Wein hervor, daß es gar niemand nötig

hat, den Wein zu „strecken“, wie der berühmte technische Ausdruck der bayerischen Pfalz lautet.

Am nächsten Morgen ging es nach dem berühmten, oberhalb der Stadt gelegenen Aussichtspunkt des Signal. Es ist ein Hügel von 648 Metern, also ungefähr von derselben Höhe wie unser Königsstuhl. Es ist eine sonnliche Warte, zwischen dem langen Gebirgszuge des Jura und den Alpen. In der Tiefe liegt der Genesersee mit seinem wunderbaren Blau, und weiße Segelboote und reich geschmückte Dampfboote durchfahren die glänzenden Fluten nach allen Richtungen. Jenseits des Sees und im Osten liegen die Saavener Alpen und die Rieser des Wallis. Die ganze gewaltige Kette ist noch weit hinaus mit Schnee bedeckt und es ist ein ununterbrochener Kranz von Bergspitzen und Felsen. Das Klima ist hier besonders im Winter ein sehr gemäßigtes und so tiefe Kältegrade, wie wir sie in Mannheim oft haben, sind hier ganz unbekannt. Das sieht man am deutlichsten an der fremdartigen Vegetation der großen Biergärten und Parkanlagen der Stadt. Vom Seeufer des Genesersees, der an Größe unserem Bodensee ungefähr gleichkommt, dehnt sich nun bis in die Höhe von 600 Metern von Genes bis Montreux das gewaltige Nebengebirge des Waadtlandes aus, und zwar in einer Ausdehnung von über 3000 Metern und wir können kein anderes Land, das an sorgfältigem Ausbau mit dieser Gegenkonkurrenz kennt. Die Kulturland, steht in der Mitte zwischen der südlichen, welche den Weinstock kurz hält, und der nördlichen, welche den Rebstock an langen Pfählen hochzieht. Es wird fast ausschließlich Wein angebaut; eine Traube von fleischigen großen Beeren, die unterer „Gutedel“ entspricht, oder infolge der südlicheren Lage einen Wein von viel mildem und angenehmerem Geschmacke und mit viel mehr Wärme erzeugt. In sein in Teile der Schweiz bildet der Weinbau so sehr die Hauptbeschäftigung und das Hauptinteresse des ganzen Volkes, und die großen Wärrereste von Waadt, wo sie alle zehn Jahre gefeiert werden, weisen noch heute einen antiken, hochantiken Zug im Volkstümlichen der Waadt auf. Nirgends ist der Genus

des Weines so sehr mit den Sitten, dem Handel und Wandel verflochten und rafflos dehnt sich von Jahr zu Jahr der Weinberg nach der Höhe und nach der Breite immer mehr aus.

Wenn man die beiden Seen, das schweizerische mit dem französischen vergleicht, so ist der Unterschied ein ganz gewaltiger. Im Waadtlande dehnt sich das Plateau der schweizerischen Hochebene in sanftem Hügelabhang gegen den See ab, und nur gegen das Ufer der großen Wasserfläche von Waadt bis Montreux, also gegen die Vorarlpen hin, nimmt die Steigung eine steilere, alpine Richtung an. Die Waldungen steigen an keiner Stelle bis an das Seeufer und die herrlichste Kulturlandschaft zieht sich von Genes bis an den Eingang in das Rhodetal ohne jegliche Unterbrechung hin. Weinberge und Gärten mit Hunderten von blühenden Dörfern und kleinen Städtchen bilden eines der schönsten und belebtesten Landschaftsbilder, uralten Anbau, welcher keinen Quadratmeter unbenutzt läßt.

Das französische Geneser in dem alten Saavogen dämmt eine an die Waadtländer Alpen sich anlehnende ungeheure Gletschermoräne, welche den Lauf der Dranse weit westwärts lenkt, in steiler Abhängung ein und hinter dieser großartigen Uferlandschaft erheben sich unmittelbar die weißen Kalkalpen. Nur gegen Genes ist eine teils sandige, teils behaute Uferzone von flachenweiser Ausdehnung vorangetrieben. Dieses ganze Bergland prangt im düsteren Grün der Kastanienwaldungen und die süße Frucht dieses herrlichen Baumes bildet hier einen Hauptbestandteil der Volksnahrung. Die Kastanie steigt bis gegen 900 Meter in der üppigsten Fülle empor; höher hinauf herrschen dann die kühnen grünen Bergwiesen, unterbrochen von Buchen- und dunklen Tannenwäldern und das ganze Bild ist abgerundet von den reizenden Wäldern und Alpentristen zwischen den höchsten Felsenspitzen der Verglette. Im Waadtland ein uraltes Kulturland; in Saavogen ein ursprüngliches Waldland; beide Gebiete nur getrennt durch den schönsten und größten aller Alpenseen, der heute viel mehr zur Verbindung der beiden Ufer und zur Ausgleichung der Gewässer geschaffen erscheint.

Versammlung wider den Kollegen beteiligt sei, u. dem Kollegen zum Voraus die Berechtigung eingeräumt, von solcher ehrenwörtlichen Erklärung öffentlich geeigneten Gebrauch zu machen.

Das Abkommen kommt, vorausgesetzt, daß die „Ausg. Postz.“ nicht flunkert, am letzten Ende auf die Mundtotmachung der Werke und Kiefl hinaus. Denn ihre Gegner haben Mittel und Wege genug, die bisher mühselige Hege gegen sie fortzusetzen, ohne daß sie dabei auf direkte Informationen durch gegnerische Kollegen angewiesen wären. Unter Umständen reichen dazu Denunziationen der Kollegenhörer „voll und ganz“ aus, wie der letzte Prozeß bewiesen hat; und da solches nur in Anlehnung an die durch die Enzyklika empfohlene Praxis geschehen würde, wär's gar ein heilig Werk. Wie aber sollen sich die Werke und Kiefl in solchem Fall verteidigen? Die ultramontane Presse ist ihnen als „halber Modernisten und Schellianern“ grundsätzlich verschlossen; und das verstehen die „Ausg. Postz.“ und Konfessionen nun mal meisterlich, jede „Verteidigung“ gegen persönliche Schmähungen und Verdächtigungen zu einem „vom Baun gebrocheneu, frivolen Angriff auf Kollegen, Kirche und Christentum“ umzumünzen. Alles in allem also scheint der unter der Regide eines bayerischen Ministerialrats zustandgekommene Friede von Würzburg für die Opfer der ultramontanen Hege ein recht „sauber“ Friede zu sein.

Pressevertreter als Strafgefangene.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Redakteur Max Wald von der Königsberger „Vollstz.“, der wegen seines „Schandfäulen“-Artikels zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, seine Strafe im Gerichtsgefängnis zu verbüßen und wird dort trotz seines Antrages auf Selbstbeschäftigung mit dem — Stricken von Regen beschäftigt. Mit vollem Recht ist der „Vorwärts“ hierüber äußerst empört, und die bürgerliche Presse wird sich dieser Entrüstung durchaus anschließen müssen. Nach § 16 des Strafgesetzbuches müssen die zu Gefängnisstrafe verurteilten Gefangenen auf ihr Verlangen in einer ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessenen Weise beschäftigt werden. Es ist auf keinen Fall anzügig, daß diese gesetzliche Bestimmung zum Gunsten eines sozialdemokratischen Redakteurs außer Acht gelassen wird. Wer die auffällige Entscheidung für die Beschäftigung Maxwalds getroffen hat, ist nicht hargestellt. Wie die Sozialdemokraten in Königsberg behaupten, habe der zuständige Staatsanwalt die Gewährung der Selbstbeschäftigung befürwortet. Sollte das zutreffen, so hätte der Oberstaatsanwalt, der die Entscheidung trifft, wider die Befürwortung des Staatsanwalts aus eigenem Ablehnung des Maxwalds Besuchs beschlossen. Aber wie sich die Sache auch verhalten mag, der zuständige Minister dürfte auf tun, durch sofortiges Einschreiten dem Gesetze zu seinem Rechte zu verhelfen. Nur allzu groß ist bereits die Liebe der Fälle, wo gegen Redakteure, und zumal sozialdemokratische Redakteure, der Strafvolzug besonders hart ausgeübt worden ist. Die Regierung hat allen Anlaß, einer Verlängerung dieser Mißte entgegenzuwirken und zu verhindern, daß der Sozialdemokratie neues Wasser auf ihre Mühlen geleitet wird. Schon zieht der „Vort.“ eine Parallele zwischen der rücksichtslosen Behandlung, die Graf Dynar erfährt, und dem außerordentlichen Verbot, das gegen Maxwald geübt wird. Wenn die Unzufriedenheit im Volke durch die unterniedliche Behandlung der Strafgefangenen künstlich gesteigert wird, dann darf man sich allerdings über gewisse Wahlergebnisse nicht wundern. Aber wir betonen, daß solche politischen Rücksichten eineswegs in erster Linie maßgebend sein dürfen. Es ist eben ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit, jeden Bürger gleich zu behandeln.

Die Münchener Krisengerüchte.

Zu dem vom „Bayerischen Kurier“ verbreiteten Gerücht, daß die Stellung der Minister v. Wehner und Braundorfer erschüttert sein soll, kann das „Berl. Tagebl.“ aus bestinformierter Quelle“ mitteilen, daß im bayerischen Staatsministerium allerdings Divergenzen bestehen, die durch die Debatte über die Beamten- und Lehrerbesoldungsforderung hervorgerufen worden sind. Doch sind sie nicht derart tiefgehender Natur, daß sie besonders jetzt, während der Tagung beider Kammern, zu einer Krise führen müßten. Dagegen gilt als sicher, daß im Herbst ein Wechsel innerhalb der Regierung, und zwar ein Wechsel von einschneidender Bedeutung erfolgen wird. Wie die „Münch. Zeitung“, der man gute Beziehungen zu einzelnen Ministerien nachsagt, zu melden weiß, sind bereits Vorberhandlungen über die Persönlichkeiten, die dabei in Frage kommt, gepflogen worden. Der kommende Mann ist der bekannte Zentrumsführer und Reichsrat Freiherr v. Hertling.

Es sind nicht nur historische, sondern vielmehr natürliche Gegenfähr, die hier walten. Die Waadtländer Seite ist nach Süden gerichtet, offen wie ein riesiges Spalter ist sie ausgebreitet. Richtung und Lage haben hier ein natürliches Weiland geschaffen. Die lavastreichen Berge erheben sich steil von dem Meeresspiegel des Sees, der von der wilden Fronte durchbrochen wird. Dieser Steilabhang ist nach Norden gerichtet und in voller Schattelage, wozu noch die tiefen Schluchten und Halten der Abhänge kommen, die sich als eigentliche Alpentäler in die Bergmasse hineinziehen. Diese Lage, zu welcher der große Wasserreichtum der nördlichen Alpenregion kommt, bedingt den dunklen Waldsümmel Savoyens, der vom schweizerischen Ufer aus gesehen im zarten Dutt und dem lieblichen Violett der Fierne so sehr anfer Auge erfreut.

Hier herrscht ein wahres Uebermaß von Feuchtigkeit, eine Fülle der Wiesen und des Holzwuchses, wie man es in der Schweiz fast nirgends findet. Alle Wälder sind mit grünen Moosen und mit Farntäutern geschmückt und in den Gärten zeigt sich in den Feigen- und Lorbeerbäumen die Wärme des Klimas. Der Waldreichtum ist so stark, daß zahlreiche Bäume, welche man der Rinne und der Zweige beraubt und in laug'n Reiben in der Erde einträgt, zur Stütze des Weinstocks dienen, ein künstlicher Wald, dessen dicke, tote Äste seltsam und leichenhaft in die Höhe starren, aber sobald die Rede über die schönen Mütter getrieben hat, wie von neuem Leben umgürtet sind. Die Holzperschwendung ist eine ungeheure, allein die Erde zwischen den Wäldern kann zum Anbau der Feldfrüchte benützt werden und man sieht hier im Sommer Mais, Gemüse oder Futtergewächse in üppiger Fülle. Der Wein des französischen Seufers ist ein leichter und etwas säuerlicher, und von dem sankelnden Waadtländer sehr verschieden. Die malerische Schönheit dieses Waldes ist unvergleichlich. Es scheint hier in dieser abgelegenen, einsamen Gegend noch die ganze Landschaft in eine Epoche dem Naturzustande näher zu sein, als auf dem in der Westkultur

Deutsches Reich.

— (Ein neuer jungliberaler Verein.) Die seit drei Jahren unternommenen Versuche, in Göttingen einen jungliberalen Verein ins Leben zu rufen, haben am vergangenen Freitag endlich Erfolg gehabt. Dem neuen Verein sind sofort eine große Anzahl Mitglieder aus den verschiedensten Ständen beigetreten. In der öffentlichen, sehr stark besuchten Versammlung sprach Rechtsanwalt Dr. Marwig über die Aufgaben der jungliberalen Vereine.

— (Der Kölner Krankenkassenkampf.) Die Kerkelkammer der Rheinprovinz und hohenzollerischen Lande hat in ihrer Sitzung vom 6. Juni eine Eingabe an den Oberpräsidenten betr. den Kölner Krankenkassenkampf beschlossen, in der der Oberpräsident gebeten wird, höheren Orts die dringende Bitte zu unterstützen, daß den durch die Kassenlegung verursachten unerquicklichen Verhältnissen durch die bevorstehende Gesetzesreform gesetzliche Abhilfe geschaffen wird. Der in der Sitzung anwesende Oberpräsident von Schorlemer-Lifer erklärte, wie die Rheinische Kerkelkorrespondenz“ berichtet, sich bereit, die Abfindung der Eingabe so zu beschleunigen, daß dieselbe noch vor der Konferenz im Reichsamt des Innern, die die Kassenratfrage behandelt, an maßgebender Stelle eintrifft. Vorfälle wie in Köln könnten nur vermieden werden, wenn die Gesetzgebung eine Aenderung der heutigen Verhältnisse mit sich bringe.

— (Der Vorigende im Garden-Eulenburg-Prozeß.) In der Presse wird behauptet, daß anstelle des Landgerichtsrats Lehmann, der bekanntlich 3. St. den Vorsitz beim Garden-Eulenburg-Prozeß führte, für die neuen Verhandlungen ein anderer Vorsitzender ernannt werden würde. Wie die „Zf.“ zuverlässig erzählt, gilt es in eingeweiheten Kreisen als ganz sicher, daß Landgerichtsrat Lehmann wiederum mit dem Vorsitz bei den bevorstehenden Verhandlungen betraut werden wird. Da die Prozeßakten bis jetzt noch nicht aus Leipzig zurückgekommen sind, ist eine definitive Entscheidung der Behörde bezüglich des Vorsitzes noch nicht ergangen, doch ist als sicher anzunehmen, daß sie in diesem Sinne ausfallen wird.

Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

2. Kammer. — 89. Sitzung.

8 Karlsruhe, 16. Juni.

Präsident Lehrenbach eröffnet 9 Uhr 40 Minuten vormittags die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr von Dusch, Ministerialpräsident Freiherr von Marschall und Regierungskommissare.

Eingelaufene Petitionen: 1. Petition des Gemeinderats Raffalt, die Verlegung des Bahnüberganges bei dem ehemaligen Niederbühl-Lor in Raffalt betr. 2. Petition des Grund- und Hausbesitzervereins Karlsruhe um Aenderung der neuen Steuergesetze.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die geschäftliche Behandlung des Besetzungswurfs betr. Freireiung der Bahreer Strahendbahn von der Vermögenssteuer. Der Besetzungswurf wird an die Budgetkommission verwiesen.

Auf der Tagesordnung steht weiter der Besetzungswurf betr. die

Verlegung der badisch-schweizerischen Landesgrenze bei Leopoldshöhe.

Abg. Dr. Binz (natl.) berichtet über den Besetzungswurf. Dieser ist zurückzuführen auf die am 6. April in diesem Hause stattgehabte Aussprache. Der Entwurf ist ein Verfassungsgesetz, insofern als ein Austausch von Landesgebiet stattfindet, zu dem die landständliche Zustimmung erforderlich ist. Neben der Genehmigung der Veränderung der Landesgrenze soll ausgeprochen werden, daß sämtliche badische Gesetze und Verordnungen auch für das neu anzugliedernde Landesgebiet in Geltung kommen. Bedenken gegen das Gesetz liegen keine vor. Die württembergische Regierung hat bei einer ganz ähnlichen Gebietsveränderung den Landständen eine Vorlage gemacht, wodurch unsere Interpretation der Verfassungsbestimmungen bestätigt wird.

Das Gesetz wird in namentlicher Abstimmung ohne Debatte einstimmig genehmigt. Abgestimmt haben 66 Abgeordnete.

Auf der Tagesordnung steht schließlich noch der Bericht der Sonderkommission der 2. Kammer für den Besetzungswurf und den Antrag der Abg. Dr. Zehner und Gen. betr. die

Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln.

Abg. Dr. Binz (natl.) erstattet den Kommissionsbericht. Erstmals i. J. 1876 hat der badische Staat zur Aufbesserung

wie in der Lebensweise viel weiter fortgeschrittenen lichten, sonnigen schweizerischen Seufers. Doch darf man nicht vergessen, daß dieser große Gegensatz, welcher den Spiegel des Gegensatzes mit zwei so gänzlich verschiedenen landschaftlichen Charakteren begibt und den Hauptreiz seines malerischen Teiles ausmacht, längs der Alpenkette als allgemeine Erscheinung sich wiederholt, sobald die Täler von Westen nach Osten orientiert sind und die übliche Talsteife sich steil erhebt. Bei Montreaux hat die Landschaft ihren Höhepunkt erreicht und es würde zu weit führen, wenn wir auch diese bekannten Punkte noch schildern wollten. Am nächsten Tage ging es in Begleitung lieber Freunde mit der Bahn nach Sion, tief im Rhodanal und nach einem Aufenthalt von zwei Tagen, die fleißig zum Studium der Flora der Walliser-Helveten-Gruppe benützt wurden, ging es durch den Simplon über Mailand nach Genua und morgen soll die Ueberfahrt auf einem der künftigen großen Mittelmeerdampfer nach Korsika stattfinden. Von dort werden wir unseren verehrten Lesern neue Mitteilungen zukommen lassen.

Buntes Feuilleton.

— **Warnung vor Wäddenhändlern.** Als Warnung vor einer argentinischen Wäddenhändlerbande, die in der nächsten Zeit in Deutschland erwartet wird, teilt die Berliner Kriminalpolizei ein Schreiben mit, das ihr von der Sociedad Philantropica in Buenos Aires zugegangen ist. Danach ist von dort „ein großer Chef der dunklen Bande der Kaffen“, wie in Argentinien die Wäddenhändler genannt werden, mit vierzehn Personen des „infamsten Rufes“, die ihn als Helfershelfer zur Seite haben, nach Deutschland abgereist, um unglückliche Wädden nach Buenos Aires zu bringen. Der „Chef“ nennt sich Abraham oder Adolf Dickenschen oder Adolf Kapoleon, ist 43 bis 45 Jahre alt, latulent, hat schwarzes Haar und Schnurrbart und den Typus eines Perfers. Von hier aus sind bereits die anderen deutschen Wäddenhändler, insbesondere in den Ostseebän-

der Gehälter gering besoldeter Pfarrer Zuschüsse gewährt und zwar für jede der beiden anerkannten kirchlichen Kirchen in Höhe von 200 000 M. Damals schon wurde von den gesetzgebenden Faktoren anerkannt, daß die eigenen Einnahmequellen der beiden Kirchen unzureichend seien, um den Pfarrern ein ihrem Amte angemessenes Einkommen zu sichern. Die Frage, welcher Weg zur Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel zu beschreiten sei, ist ebenfalls schon bei der Beratung jener Gesetzesvorlage zu eingehender Erörterung gelangt; als Gewährung von Zuschüssen aus allgemeinen Staatsmitteln oder gesetzliche Ermächtigung der Kirchen zur Herbeiführung von Ertragsmitteln durch Angehörigen das Richtigerere sei, darüber waren die Meinungen geteilt. Die Zweite Kammer sprach sich prinzipiell im letzteren Sinne aus, in folgerichtiger Würdigung des grundlegenden Gesetzes vom 9. Oktober 1869 über die rechtliche Stellung der Kirchen im Staate, welches die Selbstständigkeit der Kirchen als öffentlich rechtlicher Korporationen unter Wahrung der staatlichen Oberhoheitsrechte zum Ausgangspunkt für die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche genommen hat. Wenn die Volksvertretung gleichwohl, dem damals von der Großherzoglichen Regierung vorgeschlagenen Wege der Abhilfe folgend, die angeforderten Zuschüsse bewilligte, so geschah es ausgeprochenemachen unter der Voraussetzung, daß diese Staatshilfe nach Einführung einer allgemeinen Kirchensteuer wieder in Wegfall komme. Dabei wurde weiter berücksichtigt, daß die damals in Fuß befindliche Steuerreform (Einführung einer Einkommensteuer) eine Regelung des in Aussicht genommenen Besteuerungsrechts der Kirchen einzuweisen nicht angängig mache. Die Zulässigkeit der Gewährung von Staatszuschüssen an die Kirchen vom staatsrechtlichen Standpunkte aus wurde bei der Beratung der Gesetzesvorlage von 1876 im Schoße der Volksvertretung ebenfalls eingehend erörtert. Die Kammer bejahte die Frage. Das auf Zeit — für 3 Budgetperioden — erlassene Dotationsgesetz von 1876 ist in der Folge — mit einigen nebensächlichen Aenderungen — durch die Gesetze von 1882 und 1886, durch letzteres bis Ende des Jahres 1894 verlängert worden. Auch die jeweilige Erstreckung der Geltungsdauer wurde an die Voraussetzung geknüpft, daß die Kirchen nicht etwa schon früher zur Erhebung einer allgemeinen Kirchensteuer staatslicherseits ermächtigt würden. Gleichwohl sah aber die Großherzogliche Regierung in der im Landtag 1891/1892 eingebrachten Gesetzesvorlage betreffend die Erhebung einer allgemeinen Kirchensteuer — ein Gesetz über die Erhebung örtlicher Kirchensteuer war schon unterm 26. Juli 1888 erlassen worden — von der Sistierung der Staatszuschüsse ab und die Landstände schlossen sich dem an, indem man der Erwägung Rücksicht trug, daß ein Wegfall der Dotation die Kirchen in eine, auch vom Standpunkt der staatlichen Interessen unerwünschte, schwierige Lage bringen würde. Aber auch nach Ablauf dieser Frist (Ende 1899) und nachdem inzwischen die evangelische Kirche von dem eingeräumten Besteuerungsrecht Gebrauch gemacht hatte — die katholische Kirche schritt erst im Jahre 1900 dazu —, konnte man sich staatslicherseits nicht entschließen, mit der Dotationspolitik zu brechen. Die Bedenken hiergegen schienen so gewichtig, daß die Großherzogliche Regierung neuerdings dem Landtag 1898/99 einen Gesetzungswurf vorlegte, der die Fortgewährung der Staatszuschüsse bis Ende des Jahres 1900 vorsah. Der dem gegenwärtigen Landtage nunmehr vorliegende Besetzungswurf bezweckt eine Verlängerung der auf die Staatszuschüsse bezüglichen, bis 1. Januar 1909 gültigen Bestimmungen des Gesetzes vom 18. Mai 1899 auf weitere 5 Jahre, also bis Ende des Jahres 1914.

Die Aufbesserungsbedürftigkeit der Pfarrgehälter ist allgemein, einmütig auch von der Kommission anerkannt. Eine Erhöhung der Pfarrbesoldungen wird als eine unabweisliche Notwendigkeit aus denselben Gründen anerkannt werden müssen, welche auf dem letzten Landtage zu einer Erhöhung der Lehrgelder sowie auf diesem Landtage zur Zuangriffnahme einer allgemeinen Revision des Beamtengehaltstarifs geführt haben. Es wirt sich die Frage auf, ob die Kirchen demalen nicht in der Lage wären, unter Zuhilfenahme der Ertragsmittel der allgemeinen Kirchensteuer der hier in Betracht kommenden Aufgabe gerecht zu werden? Beide Kirchen erheben zur Zeit die allgemeine Kirchensteuer in den nach staatlichem Gesetze zulässigen Höchsthöhen. Sowohl die katholische wie die evangelische oberste Kirchenbehörde erklären, daß eine stärkere Heranziehung der ihnen zur Verteilung allgemeiner kirchlicher Aufgaben zur Verfügung stehenden Fonds ohne Gefährdung der dauernden Zweckbestimmung der Fonds nicht möglich sei.

benachteiligt worden mit dem Erfuchen, auf die Bedrückter zu schauen und die Verbesserung zu wachen.

— **Bukarester Gise.** Aus Bukarest wird der „Zf.“ geschrieben: Die Gise hat in diesem Jahre mit außerordentlicher Schärfe eingesetzt. Man ist hier daran gewöhnt, eine gute Portion Wärme zu ertragen, aber das man schon Ende April eine Zuhitze zu bestehen hatte, war ein böses Omen. Nun ist seit Anfang Juni (nach diesem Kalender sogar erst Ende Mai) die Gise so groß, daß man nicht nur vom landschaftlichen, sondern auch vom hygienischen Gesichtspunkte aus besorgt sein darf. So betrug z. B. am 8. Juni die Hitze zwischen 35 bis 40 Grad im Schatten. Seit hierzulande meteorologische Beobachtungen gemacht werden, ist seit fast einem halben Jahrhundert, hat man um diese Jahreszeit eine solche Hitze nicht verzeichnet. Sie ist im Juli alten Stils wohl öfters vorgekommen, aber nie im Mai. Dabei herrscht seit vollständiger Windstille. Der Himmel zeigt sich zwar lässlich bewölkt, aber zu Niederstößen kommt es nicht.

— **Der „Mufmacher“ auf dem Rhein.** Aus Rheinfelden, dem Salinen-Resort in der Schweiz, wird geschrieben: Letzten Sonntag Abend um halb 7 Uhr landete hier das erste Bromaufweils von Basel kommende, mit über 200 Passagieren besetzte Dampfboot „Mufmacher“. Die gewaltigen Stromschnellen und der wichtige Wasserweg, der zu überwinden ist, rechtfertigen diesen Namen. Der schwizerische Hotelbesitzer hat anlässlich seiner Generalversammlung in Basel diesen ersten Dampfbootsfahrer gemacht. In zwei Stunden war die Strecke Basel-Rheinfelden zurückgelegt, das sind etwa 20 Minuten mehr als bei den bisherigen Bootfahrten. Eine große Menschenmenge aus beiden wie Schweizerischen Rheinlande begrüßte, lebhaft unterstützt von einer jubelnden Anwartschaft, das Schiff und die Gise, während Besatzungsmitglieder der herrlichen Rheinlandschaft den Willkommensgruß entgegenbrachten. Nach Besichtigung des Grand Hotel des Salines mit seinen großartigen Parkanlagen und Gärten und nach genossenem Abendessen trug der Dampfer am 10. Juni um halb 9 Uhr die Gise nach Basel zurück; die Abfahrt erfolgte unter gleichen Kundgebungen wie die Ankunft.

Überdies bliebe den Kirchen zur Zeit noch die Erhöhung der Einkommensteuer von 20 auf 25 Pf. nach Artikel 15 des Gesetzes vom 20. November 1906 freigestellt, eine Maßnahme, welche aber nicht ausreichen würde, um die Pfarrgehälter in einer den heutigen Verhältnissen angemessenen Weise zu regeln. Wollens der Wegfall der bisherigen Staatsdotations würde zur Folge haben, daß nicht einmal die bisherigen Gehaltsätze erreicht werden könnten. Bei der mündlichen Aussprache mit der Großherzoglichen Regierung wurde im Anschluß an den Antrag Jehnter und Gen. von einer Seite die Anfrage gestellt, ob die Regierung nicht bereit wäre, neben der gesetzlichen Dotation schon in diesem Landtage eine weitere budgetmäßige Summe zur Aufbesserung der Pfarrgehälter anzufordern. Der Herr Staatsminister erwiderte, daß die Regierung hierzu außerstande sei. Die weitere Frage, ob eine solche budgetmäßige Anforderung für den nächsten Landtag in Aussicht genommen werden könne, bejahte der Herr Staatsminister unter der Voraussetzung, daß bei voller Ausnutzung des demaligen kirchlichen Besteuerungsbereiches die Mittel zu einer auskömmlichen Bemessung der Pfarrgehälter nicht ausreichen würden und daß eine Erhöhung des nach dem Staatsgesetz zur Zeit zulässigen Kirchensteuerfußes nicht eintrete. Im übrigen erklärte die Großherzogliche Regierung zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Jehnter und Genossen, daß sie, wie schon aus der Gesetzesvorlage zu erhellen sei, einer weiteren Erhöhung der gesetzlichen Dotation nicht zustimmen zu können. Von Freunden des Antrages der Abgeordneten Dr. Jehnter und Genossen wurde auf die stetig wachsenden Ausgaben der Kirchen auf den verschiedensten Gebieten hingewiesen und betont, daß die allseits als notwendig erkannte Aufbesserung der Pfarrgehälter sich keinesfalls ohne namhafte Erhöhung der Kirchensteuer durchführen lasse, eine Maßnahme, welche unter den heutigen Verhältnissen ganz besonders mißlich sei, während andererseits die in Betracht kommende Erhöhung des Staatszuschusses eine Erhöhung der Staatssteuern nicht bedinge. Diesen Ausführungen gegenüber wurde in der Kommission von anderer Seite bemerkt, daß nachdem den Kirchen nunmehr seit 15 Jahren das Recht zur Erhebung einer Allgemeinen Kirchensteuer eingeräumt sei, der für diese Eventualität zum vornherein in Aussicht genommene Wegfall der Staatszuschüsse zur Aufbesserung der Pfarrgehälter nicht allzu lange mehr hinausgeschoben werden sollte. Auch bei voller Anerkennung der großen Bedeutung und des hohen Kulturwertes der von den Kirchen für die weitesten Kreise unseres Volkes zu leistenden Arbeit müsse doch in Verfolg der grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate daran festgehalten werden, daß eine Dotation der Kirche aus Staatsmitteln, soweit sie nicht auf Rechtstiteln beruhe, nur ausnahmsweise und zur Behebung von Notständen zu rechtfertigen sei, denen die Kirchen ohne Gefährdung wichtiger Interessen mit eigenen Mitteln nicht abzuwehren vermögen. Von derselben Seite wurde in der Kommission im übrigen die Bereitwilligkeit ausgesprochen, nach dem Vorschlag der Großherzoglichen Regierung den Staatszuschuß in der bisherigen Höhe noch einmal auf weitere 5 Jahre zu bewilligen. Eine billige Rücksichtnahme lege es nahe, den Kirchen eine angemessene weitere Frist zu gewähren, um eine den geänderten Verhältnissen entsprechende Finanzabwägung auf tunlichst schonende Weise in die Wege zu leiten. Von anderer Seite wurde in der Kommission grundsätzlich die Gewährung von Staatszuschüssen zur Bestreitung kirchlicher Bedürfnisse abgelehnt. Es sei lediglich Sache der Kirchen, die Mittel zur Deckung ihres Finanzbedarfes aufzubringen.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat dem Wunsch Ausdruck gegeben, es möge zu der dies zum Jahre 1899 festgehaltenen Leitung zurückgekehrt und hinsichtlich der Höhe der Staatszuschüsse die ungleiche Behandlung der beiden Konfessionen beseitigt werden. Die Kommission glaubte schon im Hinblick auf das im Jahre 1899 unter Überwindung der großen Schwierigkeiten zustande gekommene Kompromiß der verschiedenen Meinungen die Frage der sogenannten Parität nicht unbedingt in Ordnung stellen zu sollen. Dagegen wurde von einer Seite in der Kommission die Ansicht ausgesprochen, daß es zweckmäßig wäre, wenn von Seiten der Kommission beim hohen Hause ausgesprochen würde, daß mit Ablauf des Jahres 1914 die Staatszuschüsse endgültig in Wegfall kommen sollen. Auf diese Anregung hat die Großherzogliche Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie es nicht für zulässig erachte, mit Bezug auf etwas gelegentliches Vorgehen in der Zukunft sich bindend zu äußern. Dagegen hat die Großherzogliche Regierung mit Bezug auf den von mehreren Mitgliedern der Kommission geäußerten Wunsch, daß behufs Beseitigung der Ungleichheit den Kirchen sobald die Möglichkeit eröffnet werde, allgemeine Kirchensteuern in höherem Maße zu erheben, sich dahin geäußert, daß vorläufig bedenklich sei, die Grenze für die kirchliche Vermögenssteuer von 1 Pfennig auf 1 1/2 Pfennig und für die kirchliche Einkommensteuer von 25 Pfennig auf 30 Pfennig von Hundert Markt hinauszusetzen.

Bei der Abstimmung über den vorliegenden Gesetzentwurf ergab sich die Annahme desselben mit 14 gegen 3 Stimmen. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Jehnter und Genossen wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Hiernach stellt die Kommission den Antrag: Das hohe Haus wolle 1. dem vorliegenden Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen; 2. den Antrag der Abgeordneten Dr. Jehnter und Genossen ablehnen.

Abg. Neuwirth (nall.) begrüßt als Vertreter eines ländlichen Wahlkreises den vorliegenden Gesetzentwurf. Es ist durchaus nicht richtig, wenn man meint, daß Leben auf dem Lande sei billiger als in der Stadt. Der Geistliche muß auf dem Lande ebenfalls bezahlen als der Geistliche in der Stadt. Der Geistliche auf dem Lande muß auch darauf bedacht sein, seine Kinder handwerklich zu erziehen; das kann aber nur geschehen, indem er sie in die Stadt schickt. Freilich können wir nicht darüber hinweg, die Kirche noch und nach finanziell auf eigene Füße zu stellen, deshalb bin ich gegen den Antrag Jehnter u. Genossen. Ganz arbeitslos sind in der protestantischen Kirche die Hilfsmittelverfügungen; auch hier ist es nötig, daß Hand angelegt wird. Ich kann mit dem Kommissionsantrage nur anstehen.

Abg. Reif (Konf.) spricht zum Antrag Jehnter u. Gen. Wir hätten gewünscht, daß die Dotation nicht nur verlängert, sondern auch entsprechend erhöht worden wäre. Wenn bei den Bestimmungen die Erhöhung der Gehälter notwendig ist, so ist es erst recht nötig bei unseren Pfarrern. Dem Vorschlage, die Kirchensteuer zu erhöhen, kann ich nach den gemachten Erfahrungen nur schwer zustimmen. Wir sind auch dafür, daß unsere Kirche nach und nach selbständig wird, aber der gegenwärtige Zeitpunkt ist der ungeeignete, die Kirchensteuer zu erhöhen. Der Antrag Jehnter ist auch von uns unterzeichnet worden.

Abg. Ropf (Str.): In der Kommission waren alle Herren darin einig, daß die heutigen Pfarrgehälter viel zu niedrig sind. Es muß hier etwas geschehen, wenn die Kirchen nicht selbst ihre Interessen gefährden wollen. Die Geistlichen haben in der Vergangenheit nie nach Erhöhung ihrer Gehälter geklagt; und es ist hoch anzuerkennen, daß in der Tat von Petitionen sich keine Petition der Geistlichen beider Bekenntnisse befand. Die Regierung schlägt vor, das Dotationsgesetz einfach zu verlängern. Wir hätten lieber gesehen, wenn man von der anderen Seite nicht von unparteilicher Behandlung der beiden Konfessionen hinsichtlich der Dotation gesprochen hätte. Wenn Imperator vortritt, so doch gewiß gegenüber der katholischen Konfession. Die Frist von 5 Jahren ist außerordentlich gering; es darf eben nicht übersehen werden, daß wir uns in einem Uebergangsstadium befinden. Es wird sich zeigen, daß die Uebergangszeit länger bemessen werden muß, wenn nicht die Kirchen in eine außerordentlich schwierige Lage hineinkommen sollen. Der Abg. Neuwirth hat im ersten Teile seiner Rede eine recht gute Begründung anderer Anträge gegeben (weiterer) er hätte denn folgerichtig auch für unseren Antrag stimmen müssen. Redner begründet jedoch eingehend den Antrag Jehnter und Gen. Der Antrag könnte recht gut angenommen werden, da dies andere Finanzlage sehr wohl ermöglicht. Geht es nicht, dann wird allerdings die Kirchensteuer erhöht werden müssen. Die Nationalliberalen und namentlich die ländlichen Vertreter hätten alle Veranlassung unserem Antrage zuzustimmen und sich nicht zugunsten zu verhalten als die Großherzogliche Regierung selbst.

Vizepräsident Dr. Wilkens übernimmt den Vorsitz. Abg. Sahlb (Sag.): Wir hätten gewünscht, daß das Dotationsgesetz 1907 sein natürliches Ende erreicht hätte. Das Proprium ist nun bereits über 30 Jahre alt. Wir anerkennen, daß die Geistlichen zu gering besoldet sind; allein wir sehen nicht an, warum sich der Staat um die internen Angelegenheiten der Kirche kümmern soll. Über man beschränkt, daß bei einer Erhöhung der Kirchensteuer ein Sturm der Entrüstung gegen die Geistlichen losbrechen würde. Die Regierung ist freilich bereit, eine größere Summe als Dotation in das nächste Budget einzustellen, während sie sich auf der anderen Seite gegen die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltsstarif sperrt. Wo ist da die vorgeschrittene Regierung? Wir sind für Ablehnung der Dotation und vor allem für Ablehnung des Antrages Jehnter.

Abg. Dieterle (Str.): Die Notwendigkeit der Aufbesserung der Pfarrgehälter ist von allen Seiten anerkannt worden. Es wird auch niemand bestreiten, daß das Verhalten der Geistlichen in der ganzen Verbindung ein durchaus vorzuleses und ihres Standes würdiges war. Sie haben nicht in die Klemmen gepreßt und sie haben sich auch mit niemandem verglichen. Mit wem hätten sie sich vergleichen sollen im Gehaltsstarif? Höchstens mit Gerichtsdienstherrn, Gartenmeistern usw. Die Wirksamkeit der Geistlichen liegt nicht nur im Interesse der Kirchen, sondern auch in dem des Staates. Weitens die meisten Menschen finden einen festen Halt nur in der positiven Religion der Kirche. Der Thron steht auf dem Acker; das ist keine leere Phrase. Wieviel hat die Kirche schon gewirkt in Hinsicht auf die Besserung ihrer Mitglieder sowohl im Interesse des Staates als auch der Kirche selbst? Deshalb ist das Wirken der Kirche ebenso nützlich für den Staat als für sie selbst. Dem Staate darf hier wohl zugestanden werden: Tuus res agitur! Die Kirche ist die erhabende und anregende Kunstschule unseres Volkes; deshalb sollte der Staat gleichfalls die Kirche unterstützen. Es darf auch nicht übersehen werden, daß der Geistliche für alles in Anspruch genommen werde und an den Pfarrtische steht eben nicht das Schild: Mitglied des Vereins gegen Hausarbeit. Der Staat hat jederzeit Millionen an Kirchenbau eingespart, er hat aber die Pflicht, auch Gegenbedürfnisse der Kirche zu befriedigen. Aus allen diesen Gründen kann ich nur bitten, dem Antrage Jehnter und Genossen die Zustimmung zu geben.

Abg. Dr. Heimbürger (Dem.): In diesem Hause herrscht kein Streit darüber, daß die Geistlichen zu gering besoldet sind; es herrscht nur Streit darüber, wessen Pflicht es ist, diesem Uebelstande abzuhelfen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dies Sache der Kirche ist, und damit sehen wir auf dem Boden des Gesetzes von 1860. So hat es auch schon die Staatsregierung aufgeführt; das Dotationsgesetz von 1876 hat man nur als Nebensache betrachtet, wie das auch aus der Begründung hervorgeht. Man spricht auch jetzt noch von einem vorübergehenden Zustand; aber es gehört dazu wirklich ein harter Glaube. Man spricht oben immer von einem vorübergehenden Zustand, das geht so fort in gratia ad infinitum. Der Abg. Dieterle hat dem Gesetze eine Begründung gegeben, die den Anhängern des Gesetzes hoch zu denken geben sollte. Der Abg. Dieterle hat sich hier auf die alten Weisen Cicero und Aristoteles berufen und auch auf Washington, welcher jenseits des Ozeans die Trennung von Staat und Kirche durchführte. Wenn der Abg. Dieterle diese Autorität in diesen Dingen gelten lassen will, so wird er bei uns die eifrigste Unterstützung finden. (weiterer) Bei der Aufbesserung der Pfarrgehälter hat man dasadium nötig auf die Lehrer abgesehen, bei der Aufbesserung der Pfarrgehälter ist man allerdings zurückgeblieben. Da will man die Weisheiten auf den Staat abheben, damit der Steuerzahler nicht etwas auf die Kirche, sondern auf den Staat schimpft. Das sind dann die wertvollen Dienste, welche die Kirche dem Staate leistet. (weiterer) Man hat auch auf die Nachbarstaaten hingewiesen. Bei den Schullehrungen wollte das Zentrum von diesen Vergleichen freilich nichts wissen. Die Ermüdung weiß nicht darauf hin, das Land zwischen Staat und Kirche enger zu knüpfen, die Entwicklung geht dahin, das Land zu lösen. Was werden gegen den Antrag Jehnter wie gegen die Verlängerung des Dotationsgesetzes stimmen.

Minister Freiherr v. D. u. S.: Es würde wohl ein vergeblicher Versuch sein, mich mit dem Abg. Dieterle oder mit dem Abg. Heimbürger über die Grundzüge auseinanderzusetzen, von welchen die Regierung bei ihrer Dotationspolitik ausgeht. Daß die Regierung nicht auf dem Standpunkt der Trennung von Kirche und Staat steht, braucht hier nicht nochmals gesagt zu werden. Die Regierung ist zu dem Ergebnis gekommen, das Dotationsgesetz nur zu verlängern. Es ist das Kernstück, was dem Staate zugemutet werden kann. Es handelt sich darum, ob nicht der Zeitpunkt gekommen ist, die ganze Dotation einzuziehen. Die Gründe, weshalb wir im gegenwärtigen Zeitpunkt davon abgesehen haben, hat der Berichterstatter bereits gesagt. Auf der anderen Seite hat sich aber die Regierung nicht entschließen können, über die Dotation hinauszugehen, auch konnte sie bei Annahme des Antrages Jehnter nicht in Aussicht stellen, daß eine Erhöhung der Dotation auf dem nächsten Landtage erfolgt. Der Abg. Dieterle hat auf die Säkularisation hingewiesen, wir können aber die Geschichte nicht zurückbrauen. Es war nicht nur durchaus kirchliches Vermögen, welches leinertlich säkularisiert wurde, sondern es war auch Vermögen, das für den Staat verwendet werden mußte. Und was inzwischen der Staat nicht für Steuern für die Kirchen aufgewendet? Die Verpflichtung des Staates gegenüber der Kirche hat ihre Grenze in der Finanzlage einerseits, andererseits aber in der Möglichkeit der Erhebung der Kirchensteuer. Ich beschränke mich, daß eine Erhöhung dieser Steuer nicht von dem Belange sein wird, daß daraufhin nennenswerte Ausritte aus der Kirche erfolgen. Es wird dieser Schritt sehr wohl beschritten werden können. Ich bitte das Gesetz anzunehmen, dagegen die Resolution Jehnter abzulehnen.

Daraufhin wird die Debatte nach kürzeren Bemerkungen der Abg. Ropf und Dr. Binz geschlossen. Der Antrag Jehnter und Genossen, welcher lautet: Hohe zweite Kammer wolle beschließen, die großherzogliche Regierung zu ersuchen, im Nachtragsbudget eine Summe einzustellen, welche im Hinblick auf die im letzten Landtage angenommene Erhöhung der Gehälter der Lehrer und auf die neuerdings beantragte Gehaltsaufbesserung für die Beamten eine entsprechende Aufbesserung der Gehälter auch der Geistlichen der anerkannten Religionsgemeinschaften ermöglicht, wurde mit 34 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten Zentrum und Konserbative.

Abdann wurde das Gesetz in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 17 Stimmen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten Demokraten und Sozialdemokraten. Schluß der Sitzung 1/2 Ubr. — Nächste Sitzung: Freitag, 19. Juni, nachm. 3 1/2 Ubr.: Kleinere Gesetzentwürfe und Petitionen.

Karlsruhe, 16. Juni. (Von unserm Karlsruher Bur.) In der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurden folgende Gesetzentwürfe vorgelegt: vom Großministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ein Gesetzentwurf betr. den Wassergebrauch der Gefängnisbeamten, und vom Großministerium ein Gesetzentwurf, die Steuererhebung im Monat Juli 1908 betr. nebst Allerhöchsten Kommissorium.

Karlsruhe, 16. Juni. (Von unserm Karlsruher Bur.) Das Programm zu der am Dienstag, den 23. Juni, stattfindenden Vereisung der badischen Rheinregulierungs-Kredite seitens der Landstände lautet: Abfahrt im Karlsruher Hafen nachmittags 2 Uhr. Durchfahrt durch die Maxauer Eisenbahnbrücke zwischen 2 Uhr 37 Minuten und 3 Uhr 23 Minuten. Talfahrt bis in die Gegend von Germerheim etwa 20 Kilometer unterhalb Maxau bis etwa 4 Uhr. Sodann Rückfahrt zu Berg bis Maxau, unterwegs Anhalten zur Besichtigung banlicher Einzelmaßnahmen. Anfuhr in Maxau gegen 7 Uhr. Von da Weiterfahrt durch die Eisenbahnbrücke (zwischen 6 Uhr 21 Minuten und 6 Uhr 57 Minuten) in den Karlsruher Hafen; Landung dort gegen 8 Uhr.

Karlsruhe, 15. Juni. Die Kommission der Ersten Kammer für das Ortsstrafengesetz stimmte den Vorschlägen der Regierung zu. Die Abstimmung im Plenum erfolgt in der nächsten Sitzung, da das Haus heute nachmittag nicht beschlußfähig war.

Karlsruhe, 15. Juni. Die Kommission für Justiz und Verwaltung hat der von der Ersten Kammer beschlossenen Fassung des Gesetzentwurfs betr. das Amt des Gemeindevorstandes und des Schiedsmannes zugestimmt mit Ausnahme eines Punktes. Es wurde nämlich eine Änderung getroffen, die zur Befestigung und Sicherung der Stellung genannter Beamten dient. Bei dieser Gelegenheit beauftragt die Kommission: Es wolle die Regierung ersucht werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach in den Gemeinden den Rathschreibern das Recht zur öffentlichen Beglaubigung einer Unterschrift in dem Umfange derselben wird, in welchem der Bürgermeister und der staatliche Grundbuchbeamte zuständig sind.

Karlsruhe, 15. Juni. Als Sonderbeilage zum Bericht der Kommission für die beamtenrechtlichen Vorlagen ist der Vollzugsstarif erschienen.

Karlsruhe, 15. Juni. Die Petitionskommission der Zweiten Kammer beschäftigte sich mit der Bitte der Gemeinde- und Stiftungsräte St. Blasien, Walsdorf, Häusern und Schwarzbalden betr. den Ausbau der katholischen Kirche in St. Blasien. Die Kommission mußte anerkennen, daß die Verpflichtung der Domäne zur Erstellung einer genügenden Kirche für das Kirchspiel St. Blasien in keiner Weise bestritten ist und daß die Wiederherstellung der Kapelle auch vom Standpunkt der Kunst- und Denkmalerhaltung unerläßlich erscheint. Es wird daher beauftragt, die Petition der Regierung empfehlend zu überweisen.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 16. Juni 1908.

Beerdigung des Fabrikanten Carl Reuther.

Die hohe Achtung und Verehrung, die der in der Nacht vom Samstag zum Sonntag aus dem Leben geschiedene Fabrikant Carl Reuther, der Seniorchef der Wellfirma Ropf u. Reuther, genoss, kam bei seiner heutigen Beerdigung noch einmal in erfreuender Weise zum Ausdruck. Man darf wohl sagen, daß kein abkömmlicher prominenter Vertreter der industriellen und kommerziellen Welt fehlte. Sehr hart war der Fabrikantenverein mit Herrn Dr. Engelhorn und der Bund der Industriellen mit Herrn Direktor Arimann an der Spitze vertreten. Weiter sehen wir die Herren Bürgermeister Ritter, Stadtrat Warber und Dürenhöfer, Stadtpfarrer Böhmeler und Stadtschulz Dr. Stephan. Auch von der Boomten- und Arbeiterchaft der Firma ließ sich keiner nehmen, dem abgereichten Obel die letzte Ehre zu erweisen. Die Fabrikantenvereine bildete mit Trauerherren Spaller. Die Trauerfeier fand mit Rücksicht auf den Umstand, daß nur ein kleiner Teil der Trauerversammlung in der Friedhofskapelle Platz gehabt hätte, vor der Leichenhalle statt. Der heilige Euhemer, der die herrlichen Leibereste des Heimgegangenen barg, war deshalb in dem Verbau vor dem Eingang zur Kapelle aufgebahrt. Die geschickte Hand des Gärtners hatte den Katafalk mit einem geschmackvollen Pflanzenarrangement umgeben.

Nach 11 Uhr leiteten die feierlichen Klänge eines Hornquartetts die Trauerfeier ein. Herr Stadtpfarrer Simon lag die Aufgabe ob, dem heimgegangenen Freunde, dem er 20 Jahre nahestanden durfte, die Gedächtnisrede zu halten, der der 20. Vers aus dem Kapitel der Sprüche Salomons: „Ein treuer Mann wird viel gesegnet“ zu Grunde lag. Der Geistliche, der infolge der geringen Kenntnis der mannigfachen Vorgänge des Verlebten in ganz besonderer Weise in der Lage war, ein erschöpfendes Lebensbild Carl Reuthers zu entwerfen, wies zunächst darauf hin, wie überaus schwerlich es für die Hinterbliebenen ist, wenn, wie in diesem Falle, der Tod so unerwartet eintritt. Wohl trugten wir, so sehr er fort, daß in dem Vollendeten schon nahezu 1/2 Jahrzehnte ein Leben schwammerte, das sich mehr und mehr entwickelte, wohl mußte er auch selbst, wie seine Kräfte von Jahr zu Jahr trotz aller Vliese, trotz aller Kunst und Wissenschaft, trotz aller Liebe abnahmen, aber das dauerte wohl auch die Seligen nicht, daß das Ende so plötzlich sich einstellen würde. Am Samstag Abend war der Entschlafene noch traulich mit seiner Familie beisammen, eine halbe Stunde nach dem Schlafengehen trat plötzlich die letzte Ruhe ein. Der Seligenheit hatte wie ich, nahezu 20 Jahre im Hause Reuthers zu verleben, der darf es wohl aussprechen, daß der Heimgang Reuthers ein gewaltiger Schlag für die Familie war. Lange Jahre hat er nichts gelannt denn Arbeit und wenn er abends aus seinem mehr und mehr aufblühenden Geschäft sich zurückzog, waren seine einzige

Freude Frau und Kind, die Beschäftigung in seinem Garten mit seinen Pflanzen, Büumen und Bienen.

Welch einen gewaltigen Schlag erlitt durch Neuhäuser Tod aber auch das Geschäft, das er vor 30 Jahren gegründet und durch unermüdete Arbeit, durch großartiges Geschick, durch einen unerschrockenen Mut und mit glänzendem Erfolge auf die Höhe geführt hat, auf dem es heute steht.

Er war ein Mann der Arbeit wie er hat so lange Zeit sich nur mit seinem Geschäft beschäftigt und ist deshalb wenig in der Öffentlichkeit hervorgetreten. Doch war er stets interessiert, wenn es galt, ein gemeinnütziges Unternehmen ins Leben zu rufen oder zu fördern.

Er war ein Mann der Arbeit. Er mußte tätig sein bis zum letzten Atemzuge. Schreiben war unter sein Lebensbild eine kurze Widmung, die diesen wir sagen, es gilt das Wort: Ein treuer Mann wird viel gesegnet.

In den Aufstand veretzt wurde Finanzamtman Josef Schmutz in Freiburg.

Ernannt wurde Gerichtsassessor Siegfried Ott von Weitzheim zum Steuerinspektor bei der Steuerdirektion, Vermessungsassistent Karl Wagner in Forstheim zum Bezirksgeometer in Schopfbheim und Vermessungsassistent Karl Bafel in Bretten zum Bezirksgeometer in Stodach.

Veretzt wurde Bezirksgeometer Wilhelm Ebner in Stodach nach Bretten und Finanzamtman Ludwig Sammet bei der Zollinspektion zum Hauptsteueramt Baden und mit der Leitung des dortigen Dienstes beauftragt und Oberzollinspektor Hermann Kemmler in Baden in gleicher Eigenschaft nach Karlsruhe und der Zollinspektion als Hilfsarbeiter im Kollegium beigegeben.

Au der Messeraffäre, welche sich in der Nacht von Sonntag auf Montag in Mutterkath abspielte, wird uns noch von wochentlicher Seite geschrieben: Die mutmaßlichen Täter, der 18 Jahre alte Arbeiter Karl Fehr von Mandach und der 19 Jahre alte Bauer Martin Schmidt von Schifferstadt, wurden heute morgen in Ludolfsbafen a. Rh. verhaftet.

Polizeibericht vom 16. Juni.

(Schluß).

Unbekannter Betrüger. In letzter Zeit ging ein bis jetzt noch unbekannter Mann zu mehreren hiesigen Familien und zeigte einen Bittbrief vor, wonach er beim hiesigen Hoftheater als Musiker angestellt gewesen, durch mißliche Familienverhältnisse Vermögens und Stellung verloren habe und bittet um Unterstützung. Der Bittbrief ist fälschlich mit dem Namen „Weydort“ unterschrieben.

40 Jahre alt, 1,65 Meter groß, brünett, frisches rotes Gesicht, blonden Schnurrbart, dunklen Anzug, schwarzen weichen Filzhut oder weißer Strohhut.

Ein druckstabil. In der Nacht vom 13. auf 14. Juni l. B. wurde die Verkaufsbude verlängerte Jungbühlstraße Nr. 4 hier erbrochen und daraus von den unbekannt Tätern folgendes entwendet: 1. Eine Kiste Zigarren, 100 Stück, Marke unbekannt; 2. zwei Kisten, je 100 Stück Fortland-Zigarren; 3. eine Kiste, 100 Stück, Maduro-Zigarren; 4. fünf Pakete „Streit-ort-Zigarren“, jedes Paket 10 Stück enthaltend; 5. 30 Stück „Hinterlässe Sport-Zigarren“ in einer Pappschachtel, und 6. eine kleine Pappschachtel mit 7 Pfd. Bourbon, sogenannte Mahm-familien.

Um sachdienliche Mitteilungen an die Schutzmannschaft wird ersucht.

Sport.

Prinz Heinrich-Jahrt.

Schwarzwald, 16. Juni. In dem Vergnügen, das morgen hier im Verlaufe der Prinz Heinrich-Jahrt stattfinden, werden der Großherzog von Hessen, Prinz Heinrich von Preußen und Prinz Max von Baden hier erwartet.

Baden, 16. Juni. Bei schönem Wetter erfolgte heute morgen um 8 Uhr hinter Rölling-Neckstein der Start für die Weilerfahrt über Neuhäuser nach Trier. Im ganzen starteten 119 Wagen, die in Reihen von einer halben Meile abgefahren wurden.

Berchinski, 16. Juni. Auf der Automobilfahrt von New York nach Paris passierte der Amerikaner heute vormittag um 9 Uhr die Stadt. Eine halbe Stunde später verließen die deutschen Fahrer die Stadt.

Cuppen, 16. Juni. Die Kraftwagen hielten nach Mündiger Fahrt auf guten, aber staubigen Straßen zur Frühstücksrast auf der Höhe des Kocherwaldes.

Kachen, 16. Juni. Die Fahrt durch Kachen und den Kocherwald ist glatt verlaufen. Kurz nach 12 Uhr waren alle Wagen passiert.

Die Abgeordnetenwahlen in Preußen.

Wiesbaden 2: Dr. Rohmann (nat.) gewählt. Koblenz-Weylar: Legationsrat vom Rath (nat.) mit 107 Stimmen gewählt. Der bisherige Vertreter Stadmann (kon.) erhielt nur 84 Stimmen.

Wiesbaden 10: von Bülow (nat.) mit Mehrheit wiedergewählt.

Kassel 11: Mit familiären 119 Stimmen Drinnenberg (Zentrum) gewählt.

Kassel 12: Mit 218 Stimmen Amtsgerichtsrat Rhiel (Zentrum) gewählt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

München, 16. Juni. Der Prinzregent stattete heute vormittag dem Herzog von Cumberland einen längeren Besuch ab. Hierauf empfing der Herzog den Ministerpräsidenten v. Bodelschwingh und den Kriegsminister Horn. Heute nachmittag erwidert der Herzog mit dem Prinzen Ernst August den Besuch beim Prinzregenten und stellt diesem seinen Sohn vor.

Kärnberg, 16. Juni. Die Studiengesellschaft französischer Buchdruckerbesitzer wurde gestern nachmittag hier von den Vertretern der Kärnberger Buchdrucker und von der französischen Handelskammer durch Magistratsrat Bingen begrüßt.

Brenzlau, 16. Juni. Der „Brenzlauer Zeitung“ zufolge ist heute früh um 2 1/2 Uhr der Reichstagsabgeordnete und Alterspräsident des Reichstages, v. Winterfeldt-Menklin, auf seinem Gute Menkin gestorben.

Aus der hiesigen Kammer.

Darmstadt, 16. Juni. Die 2. Kammer beriet den Antrag des Abgeordneten Kohl und der Abg. Ulrich u. Gen. betr. Ausführung des Reichsvereinsgesetzes. Minister Braun erklärte, daß soweit Rücksichtnahme auf bestehende Zustände möglich sei, diese angewandt würde. Das Bestreben werde dahingehen, eine mögliche Gleichheit in der Behandlung zu erreichen. Eine Mitarbeit der Parteien an den Ausführungsbestimmungen sei nicht angängig gewesen, weil sie schon am 15. Mai in Kraft treten mußten, eine solche war auch früher nicht üblich. Der Sprachenparagraph habe für Hessen keine praktische Bedeutung. Daß die Angelegenheit ersucht sei, kann man nicht behaupten. Es werden verschwindend wenig Versammlungen in Betracht kommen. Es komme auf die Handhabung an und man dürfe in die Regierung das Vertrauen setzen, daß die Behörde bestrebt ist, die politischen Rechte der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen. Der Antrag Ulrich und des Reichstagsrats der freien christlichen Gemeinde in Mainz betr. Trennung von Kirche und Staat wurde von dem Vertreter der Regierung abgelehnt. Die Regierung erklärte, sie halte daran fest, daß die Volksschule die Aufgabe hat, den Grund zu einer religiös-sittlichen Bildung zu geben. Der Antrag wurde mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Der Schluß der Kammer ist am Samstag den 20. Juni.

Das neue Juppelische Luftschiff.

Stuttgart, 16. Juni. Ueber das neue Juppelische Luftschiff erzählt der „Schwäb. Merkur“: Gegenüber dem früheren Luftschiff weist das neu zu erscheinende hauptsächlich nur in der Größe und in der Ausstattung Unterschiede auf. Die Gondeln haben die für eine lange Reise erforderliche Größe. Sie enthalten insbesondere die zum Schichtwechsel der Bedienungsmannschaft nötigen Lebensmittelladungen. Die Steuer- und Seitensteuer sind verhältnismäßig geändert, um eine bessere Steuerwirkung zu erzielen.

Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz.

Leipzig, 16. Juni. Der bis zum 20. Juni hier tagende Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz veranstaltet vom deutschen Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums wurde unter Mitwirkung der Handelskammer Leipzig heute morgen in Gegenwart zahlreicher Vertreter des Staates, der Rechtspflege, der Wissenschaft und der Praxis im großen Festsaale des Zentralhotels von dem Vorsitzenden des Kongresses, von Schüb. Direktor des Drupp-Grünowerwerkes, eröffnet. Alsdann folgten Ansprachen der anwesenden Vertreter des Staates etc. Hieraus wurde in die Verhandlungen eingetreten. Das erste Thema lautete: Gerichtsbarkeit in Sachen des gewerblichen Rechtsschutzes, für welche 4 Redner

in Aussicht genommen sind. Als erster Redner sprach Justizrat Dr. Wildhagen, nach ihm Dr. Kay-Verein.

Die Hochschullehre in Oesterreich.

Wien, 15. Juni. Der Rektor der hiesigen Universität hat heute abend die Kundgebung der Rektoren-Konferenz veröffentlicht mit der Aufforderung, vom Streik abzusehen. Er würde dieses Verlangen nicht stellen, wenn er nicht die feste Überzeugung hätte, daß die Lehrfreiheit überhaupt nicht gefährdet, vielmehr durch die Ereignisse der letzten Zeit für alle Zukunft gesichert sei, und daß der Streik damit sein Ziel erreicht hat, daß ferner die Lehrfreiheit wahrheitsgemäß für die Zukunft gesichert erscheint. Unter den Studenten herrscht Uneinigkeit, den Streik nunmehr einzustellen; auch die Innsbrucker Studenten sollen friedlich gesinnt sein, jedoch in den nächsten Tagen vielleicht der Streik auflöst. Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, soll Bahrmund eine Berufung an die Grazer Universität erhalten, jedoch vor Austritt seines dortigen Lehramts für längere Zeit verurlaubt werden.

Der Fall Bahrmund.

Wien, 16. Juni. Professor Bahrmund wird im Sommersemester nicht mehr und im Wintersemester an der Grazer Universität lesen. Dieses Kompromiß teilte der Minister gestern im Rathsaule persönlich der christlich-sozialen Parteikonferenz mit. Andererseits verlautet, daß Professor Bahrmund nach seiner Berufung nach Graz einen längeren Urlaub antreten wird.

Die Döberinger Kaiserrede.

Paris, 16. Juni. Die maßgebenden Blätter erörtern die von erschienenen ausländischen Blättern Kaiser Wilhelm zugeschriebene Rede, die nach dem einen Blatt bei der letzten Döberinger Besichtigung, nach einem anderen Blatt bei einer militärischen Gelegenheit gehalten worden sein soll, in ziemlich ruhiger Weise. „Figaro“ fragt, warum soll man sich wundern, daß der deutsche Kaiser zu seinen Soldaten als Soldat spricht und daß er ihnen empfiehlt, für alle Umstände, selbst die ernstesten, bereit zu sein? Man kann doch nicht von Kaiser Wilhelm erwarten, daß er auf dem Marschfeld und in den Kasernen eine Rede hält, wie etwa ein Prälat bei einer landwirtschaftlichen Preisverteilung. Die radikalen Blätter besagen, daß französische Volk den entschiedenen Willen besitze, den Frieden zu erhalten und sprechen die feste Überzeugung aus, daß auch die französische Regierung eine durchaus friedliche Politik verfolgen werde. Die „Nation“ schreibt, die Zeit sei vorüber, wo ein Döbering ein Lobest ohne Wissen des Ministerrates diplomatische Pläne schmiedeten, welche beinahe zu einem Kriege geführt hätten. Einzelne nationalistische und konservative Zeitungen erblicken in den Worten des Kaisers eine ernste Drohung, welche Frankreich zur Vorsicht mahne.

Frankreich und Malay Saffid.

Paris, 16. Juni. Der „Petit Parisien“ erzählt von zuständiger Seite, daß die Politik Frankreichs Malay Saffid gegenüber selbstverständlich von dessen eigenen Haltung abhängen werde. Falls Malay Saffid die Befreiung der El Kar gefangenen Algerier und französischen Schutzgebieten anordne und seine Truppen eine korrekte Haltung beobachteten, dann werde Frankreich sich von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Die Anerkennung Malay Saffids hinge nicht von Frankreich allein, sondern von allen Signatarmächten der Algiertraktate ab. Auch könne die Anerkennung Malay Saffids ganz gut aufgehoben werden, ohne daß Frankreich ihn bekämpfe oder als Feind ansehe, falls er selbst keine feindselige Handlung gegen Frankreich unternähme. Wenn z. B. seine Truppen in eine der Hafenstädte einrückten, so werde Frankreich seinen Protest und jede Einmischung in die marokkanischen Angelegenheiten vermeiden und ruhig zulassen, daß beide Parteien ihren Streit untereinander austragen. Frankreich werde keinem der Thronbewerber Heilstand leisten. Falls die Vertreter Malay Saffids in einer Hafenstadt, deren Polizeidienst Frankreich zu versehen habe, als Behörden anerkannt würden, dann würde Frankreich sich auf seine ihm durch die Algiertraktate zugewiesene Aufgabe beschränken, daß es für den Schutz der Europäer Sorge. Die Politik Frankreich lasse sich mit einem Wort als eine Politik der Nichtmischung kennzeichnen.

In weniger gebundenen Sprache heißt das, Frankreich wird sich allmählich auf die Seite Malay Saffids schlagen und versuchen, mit ihm seine Geschäfte zu machen, nachdem Abdul Affis festgesetzt worden ist. Die Politik der Nichtmischung bestand bekanntlich darin, daß Frankreich Abdul Affis mit aller Macht fahre und hielt.

Von Tag zu Tag.

Baunz, 16. Juni. Bei einem Hotelbau kürzte die Dachkonstruktion ein. Sieben Arbeiter sind schwer verletzt.

Raubmord an einem Geistlichen. Laibach, 15. Juni. Gestern vormittag wurde der Pfarrer von Wippach, Dechant Matthias Erjovec, ein 70jähriger Mann, durch Messerstiche ermordet. Der Täter ist ein etwa 25jähriger Burische. Die erste Vermutung, daß es sich um die Tat eines Geistesgefährten handle, wird durch den Umstand widerlegt, daß aus der Tischlade des ermordeten Pfarrers ein großer Geldbetrag gestohlen wurde. Der Mörder konnte bisher nicht ermittelt werden.

Einguter Fischzug. Vellingona, 16. Juni. Fischer am Rangensee haben in ihren Netzen das Vortreffliche mit 65 000 Fr. gefunden, das kürzlich dem Advokaten Gitterio aus Mailand in den See gefallen war.

Unfall beim Kunstunterricht. München, 15. Juni. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute vormittag 11 Uhr in der Akademie der bildenden Künste. Ein junger Schüler der Steinbildhauerklasse namens Wagner war mit dem Ausmeißeln eines Altes beschäftigt. Er suchte dabei ohne Verhütung des Stein etwas auf die Seite zu schieben, der schwere Stein bekam aber das Uebergewicht und fiel dem jungen Bildhauer auf den Kopf. Mit einem schweren Schädelbruch wurde der bedauernswerte junge Mann von der Sanitätskolonne in die Chirurgische Klinik verbracht.

Käte als Todesursache. Düsseldorf, 16. Juni. Nach dem Bericht von holländischen Käte ist die gesamte Familie des Gerichtsvollziehers Sievers erkrankt. Sievers ist bereits gestorben.

Kaupenplage in Russland. Riem, 15. Juni. Die Kaupen haben gewisse Gegenden des Südrusslands demnächst heimgesucht, daß die Eisenbahnen von ihnen bedeckt sind und manchenorts der Zugverkehr dadurch erschwert wird.

Schwerer Unfall beim Rudersport. Berlin, 16. Jan. Beim gestrigen Vorrennen um den Junior-Güter der Ostpreussener Regatta trennte ein zum Start fahrender

Wetter ohne Steuern während des Rennens das Fahrwasser ...

Ein großer Juwelendiebstahl. Berlin, 16. Juni. Die „Voss. Bl.“ ...

Eine Teerfabrik in Flammen. Osnabrück, 16. Juni. In der Fabrik für Teerverwertung des Hüttenvereins ...

Mittägen eines Freitags. Wien, 16. Juni. Ein dreißigjähriger Arbeiter unterhielt seit langem Beziehungen ...

Mysteriöser Selbstmord. Budapest, 16. Juni. Als in Breßburg die Polizei den Wiener Personen-Dampfer ...

Das letzte Opfer einer Bahnkatastrophe. Frankfurt, 16. Juni. Der Weichensteller, der die große Eisenbahnkatastrophe ...

Zur Danziger Hauptversammlung des Flottenvereins.

In dem Ergebnis der Danziger Hauptversammlung des Flottenvereins ...

Wichtig bemerken die „Berl. Neuesten Nachr.“: „Der Deutsche Flottenverein ...

Die „Hollische Zeitung“ kommt zu dem Resultat: „Somit kann nach dem Frieden von Danzig ...

Die „Kreuz-Bl.“ schreibt: „Durch Rücksicht von beiden Seiten, die nicht genug ...

Nach Annahme dieser Resolution (Inbezug auf die Tendenz des Vereins) ...

Wir aber hoffen, der Kurs des Flottenvereins bleibt der alte. Er kann unseres Erachtens gar kein anderer werden ...

Die Danziger Aussprache und auch von der Regierung wird kein Druck ...

Das deutsche Volk zum Verständnis und zur Opferwilligkeit für die große Flotte zu erziehen ...

Die nationale Erziehung des Volkes im neuen deutschen Reiche zu vollenden ...

Das deutsche Volk von der Notwendigkeit der Erhaltung des nationalen Wertes der Flotte überzeugen ...

Die Prinz-Heinrich-Fahrt.

(Eigener Bericht.)

VI.

15. Juni.

Das war bis jetzt unstreitig der schönste Tag der diesjährigen Prinz-Heinrich-Tour ...

ein Tag werden sollte mit viel Regen. Ein nachplatter Wind schlug uns ins Gesicht ...

Prächtig war, wie schon gesagt, die Fahrt des heutigen Tags. Mit der Fahrt über die Deister begannen die landschaftlichen Schönheiten ...

Darmstadt, 15. Juni. Die Teilnehmer an der Prinz-Heinrich-Fahrt werden nach einer ...

Hannover, 15. Juni. Die fünfte Etappe der Fahrt führte von Hannover über Hameln, Baderborn, Warstein ...

Hannover, 14. Juni. Die offiziellen Resultate der am Freitag bei Igehöhe festgestellten Schnellfahrprüfung ...

Volkswirtschaft.

Am Geldmarkt macht sich das Herannahen des Rumpeljahres bemerkbar. Die Geldgeber und Diskontenten sind zurückhaltender geworden ...

Zu dem Reklonflikt mit der Schweiz hat der „Verband deutscher Müller“ an den deutschen Vertreter bei der Konferenz ...

An Reichstempel auf Effekten wurden im Mai beinahe: 1.724.213 (April 2.077.001, Mai 1907 1.908.035) ...

Kobi u. Wienerberger Aktiengesellschaft für Bijouterie- und Kettenfabrikation Pforzheim. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat sich bei erhöhtem Umsatz der Gewinn nicht vergrößert ...

Der Ausgabebestand der neuen Iprozent-Krupp-Anleihe dürfte sich auf etwa 90% Prozent stellen. Der Erlös der Anleihe ist, wie nunmehr mitgeteilt wird ...

Die Dresdner Bank hat mit der seit 1870 bestehenden, renommierten Bankfirma Rauer u. Biant in Cassel ein Abkommen getroffen ...

Felten u. Guillaume-Salminger-Werke. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Projekt der Herstellung einer elektrischen Bahn von Frankfurt nach Wiesbaden ...

Englisches Company-Gesetz. (Mitgeteilt von der Handelskammer.) Der Handelskammer sind Mitteilungen über das am 1. Juli in Kraft tretende englische Company-Gesetz ...

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Franfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeiger.)

* Frankfurt a. M., 16. Juni. (Fonds Börse.) An der heutigen Börse machte sich bei Beginn eine ziemlich unveränderte Stimmung geltend ...

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table with columns for destination (London, Paris, Berlin, etc.) and rates for telegrams.

Einzelkurse. A. Deutsche.

Table listing individual stock prices for various German companies and sectors.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table listing stock prices for industrial enterprises, including various manufacturing and service companies.

Bergwerks-Aktien.

Table listing stock prices for mining companies.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Table listing stock prices for German and foreign transport companies.

Staatsbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table listing prices for government bonds and priority obligations.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing stock prices for banks and insurance companies.

Mannheimer Effektenbörse vom 16. Juni. (Offizieller Bericht.)

Die Börse verlief zu abgeschwächten Kursen. Bobische Bank 135.50 B., Oberheim. Elektrizitätswerke-Aktien 22.50 B., Pfälz. Röhrenmaschinen- und Papierfabrik-Aktien 124 B.

W. Zellstofffabrik Waldhof-Aktien 320 B. und Zuderfabrik Waldhof-Aktien 148 B.

Large table listing various stock prices under the heading 'Kursen', including foreign and domestic securities.

Berliner Effektenbörse. (Privattelegramm des General-Anzeiger.)

Berlin, 16. Juni. (Fondsbörse.) Der heutige Börsenverkehr hat zunächst wieder ein sehr unerfreuliches Bild vollständiger Lustlosigkeit. Zur wirtschaftlichen Depression hat sich nun auch ein gewisses politisches Mißbehagen gesellt, um die Spekulation von allen neuen Geschäften abzuschrecken.

Im weiteren Verlauf der zweiten Börsensunde machte die Besserung auf dem Montanmarkte weitere Fortschritte. Kupferkürer und Bochumer stellten sich gegen gestern höher.

Berlin, 16. Juni. (Schlußkurse.)

Table showing closing prices for various stocks in Berlin.

Pariser Börse.

Table showing stock prices for the Paris stock exchange.

Londoner Effektenbörse.

Table listing stock prices for the London stock exchange.

Berliner Produktenbörse.

Table listing prices for various commodities in the Berlin products market.

Telegraphische Handelsberichte.

Hamburg, 16. Juni. Auf dem Kaffeemarkt liegen Nachrichten vor, daß die für morgen in Rotterdam angelegte Auktion von 50 000 Sad brasilianischen Volorisations-Kaffee zurückgezogen wurde.

Ueberseefische Schiffsahrts-Telegramme.

Antwerpen, 16. Juni. Frachtbericht der Ned-Star-Linie in Antwerpen. Der Dampfer 'Inland', am 6. Juni von Rem-Duc ab, heute hier angekommen.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegramm-Adresse: Margold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637 16. Juni 1908. Provisionsfrei!

Table listing various commodities and their prices, including different types of flour, oil, and other goods.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldbaum;

für Kunst, Technik und Vermischtes: Alred Weichers; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Ad. Schaefer; für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Karl Wolf; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Kircher; Druck und Verlag der Dr. G. Sauer'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.



Ein Wunder der Natur

Die kalifornische Haarwuchsknolle „IPE“ ist ein sensationelles Haarwuchsmittel, wie ein solches in Europa noch nie da war.

Das Geheimnis, jung und schön zu sein,

sagt die geistvolle Künstlerin Anna Dirksen, ist gelöst durch einfache Anwendung der amerikanischen Wunderseife „OJA“.

RIORET, peruviana. Seifenwurzel, glättet Runzeln, macht die Haut samtweich, jugendfrisch und blendend weiß.

Alleinige Engros-Niederlage: Ludwig & Schütthelm, Mannheim, O 4, 3. Telefon 252.

D1,13 Georg Eichentler D1,13 Fernsprecher 2184. — Gegründet 1899.

Wäsche- u. Aussteuer-Geschäft Spezialität: Herrenhemden.

Machen Sie keinen Ausflug und reisen Sie nicht in die Sommerfrische ohne

Stoll's Schnakenfeind

Patentamt. gesch. u. Nr. 91370. Sicherstes Vorbeugungsmittel gegen Schnakenstiche und deren Folgen.

Seit Jahren bestens bewährt!

Preis p. Fl. 50 Pfg. In allen Drogerien hier und auswärts zu haben u. a. bei: Apotheker Bongartz, Waldhorn-Drogerie, D 3, 1.

Soda-Wasser

25 Flaschen zu 1,25 RM. U 1, 24 Gebr. Schäfer U 1, 24. Mineralwasserfabrik mit elektrischem Betrieb.

„Knorr-Sos“ darf, weil es ein neues Original-Fabrikat ist, nur in Knorrs Originalflaschen verkauft oder in solche nachgefüllt werden.

Technischer Verein Mannheim Zweigverein des Deutschen Techniker-Verbandes.

Mittwoch, 17. Juni, abends 9 Uhr, im großen Saal des Restaurants Räder Mann, N 2.

Vortrag

„Deutscher Zement und belgischer Zement“, eine kritische Qualitätsbetrachtung.

Verloren Brosche

2 in Gold gefasste Brilmarmelade auf dem Wege von T 2 nach Q 3 verloren.

Geldverkehr. Darlehen

in jeder Höhe gegen Lebensversicherungsgeld ohne Kontenbesitz. Off. unter Nr. 60002 an die Redaktion d. Bl.

Verkauf. Altrenom. Bäckerei

mit Feinbäckerei u. Conditorei, seit über 40 Jahre bestehend, eines der besten Geschäfte am Platz.

Kinderwagen

wenig gebraucht, zu verkaufen. Jungbushstr. 22 2. St.

Stellen finden. Sichere Existenz!

Sind Verkauf eines ganz neuen Patentmittels 24109

Spezial-40-Pig.-Arbeits

weiter zu Kunden vertriebt wird, werden für Mannheim, Ludwigshafen und Umgebung einige tüchtige Leute gesucht.

Guthalter gesucht

für Buchführung und Correspondenzleitung sowie in der freien Zeit zum Besuchen von Stadt-Randbücherei.

Mietgesuche.

2 unmöblierte Zimmer Wohn- u. Schlafzimmer, mit Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht, Off. unter Nr. 24108 an die Redaktion d. Bl.

Bureau.

A 1, 1 2 Zimmer, Kamin, Wasser, Gas, elektr. Licht, Off. unter Nr. 24109 an die Redaktion d. Bl.

Jungbushstr. 9

geräumig, Kontorlokalitäten per 1. Juli zu vermieten. Näheres im 4. Stod. 24109

Büro

vorzuehrl. geeignet, per 1. Juli 28. 3. v. früber zu vermieten. 61070 Jungbushstr. 13.

Möbl. Zimmer

D 4, 8 II möbl. Zimmer mit Wasser, an 2 H. junge Leute zu vermieten. 24120

Todes-Anzeige. Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem erfolgten Ableben unseres I. Vorsitzenden Herrn J. H. Kern in Kenntnis zu setzen.

Magazine. Neues 3stöck. Magazin mit Bureau in bester Lage der Innenstadt sehr preiswert zu vermieten.

Stallung. Stall, engl. eng., für 4 Pferde mit Futter, Heuboden, 2 Stallplätze.

Geräumige Logierhalle 250 qm mit 125 qm Keller, sehr schön, auch teilweise zu vermieten.

Neubau H 2, 5 Wohnungen von 5 ab 4 Zim., Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

Neubau J 6, 3 u. 4 4 u. 5 Zimmer-Wohnungen, neue Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

J 6, 5 parterre 4 Zimmer, Küche und Bad per 1. Juli zu vermieten.

K 3, 7 3 Zimmer, Küche und Bad, elektr. Licht, per 1. Juli zu vermieten.

L 2, 4 u. Küche, 2 Zim., 1 Bad, elektr. Licht, per 1. Juli zu vermieten.

L 8, 11 3 Zimmer-Wohnung, Bad, Küche, 2 Bäder, elektr. Licht, per 1. Juli zu vermieten.

M 1, 10 Hinterhaus. 3 Zimmer, Küche mit Küche per 1. Juli zu vermieten.

N 1, 10 Hinterhaus. 3 Zimmer, Küche mit Küche per 1. Juli zu vermieten.

N 6, 2 von 6-8 Zimmer-Wohnung, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

P 1, 2 u. Küche (ohne Bad), per 1. Juli zu vermieten.

P 1, 6 3 Zimmer, Küche (Dachboden) an ruh. Fam. zu vermieten.

P 2, 6 3 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

P 5, 13 3 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

P 5, 4 2 u. 4 Stod. je 4 Zimmer, Küche, Wasser und Bad, elektr. Licht.

Q 2, 12 2. St. 6 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

Q 2, 12 2. St. 6 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

R 1, 10 3 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

R 1, 10 3 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

R 1, 10 3 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.

R 1, 10 3 Zimmer, Küche, Bad, Wasser, Gas, elektr. Licht.